Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inſertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitſchrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenſtraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Poſt-Anſtalten Beſtellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erſcheint.

Nr. 460. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigſter Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 2. October 1867.

Deutſchland.

O. K. C Reichstags-Verhandlungen.

12. Sitzung des norddeutſchen Reichstages.

Berlin, 1. October.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen ſind beſetzt, die Bänke des Hauſes lückenhaft. Seitens des Bundesrathes anweſend der Bundeskanzler Graf Bismarck, Präſident Delbrück und Contreadmiral Jachmann mit Capitän v. Schleinitz als Commiſſar, v. Liebe u. A.

Präſident Simſon hat in Bezug auf die vom Reichstage an den König von Preußen beſchloſſene Adreſſe vom Bundeskanzler folgende Zuſchrift erhalten:

„Berlin, 30. September 1867. Aus Veranlaſſung Ew. geehrten Schreibens vom 24. d. M. habe ich mich beeilt, die Befehle Sr. Maj. des Königs von Preußen über die Annahme der von dem Reichstage an Allerhöchſtdieſelben gerichteten Adreſſe einzuholen. Ich habe nunmehr Ew. auf allerhöchſten Befehl zu erwidern, daß Se. Majeſtät, von dem Wunſche geleitet, die Adreſſe noch vor Ihrer erſt nach einiger Zeit bevorſtehenden Rückkehr nach Berlin entgegenzunehmen, dieſelbe am 3. k. M. in Hohenzollern aus Ihren Händen empfangen wollen. Allerhöchſtdieſelben haben geglaubt, mit Rückſicht auf die dringenden Arbeiten des Reichstags davon Abſtand nehmen zu müſſen, eine Deputation des Reichstags zur Ueberreichung der Adreſſe einzuladen. — Der Kanzler des norddeutſchen Bundes. gez. v. Bismarck."

Präſident Simſon fügt hinzu, daß er heute Abend nach Hohenzollern abzureiſen gedenkt und beurlaubt ſich vom Hauſe bis etwa zum Schluß dieſer Woche.

Der Vorſitzende des Comites zur Unterſtützung unbemittelter Arbeiter, um die Ausſtellung zu beſuchen, Herr Lette, hat den Reichstag durch ein Schreiben aufgefordert, ſich für dieſen Zweck zu intereſſiren. Drei Mitglieder des Hauſes, die zugleich Mitglieder jenes Comites ſind, v. Bunſen, v. Hennig und Schulze, haben ſich bereit erklärt, dafür thätig zu ſein. — Der Hofphotograph Haaſe legt ein Exemplar ſeines „Denkmals den gefallenen Kameraden" zur Anſicht aus.

Auf der T.-O. ſteht der Etat der Marine-Verwaltung: fortdauernde Ausgaben 2,340,603 Thlr., Centralverwaltung 69,850 Thlr., Verwaltungsbehörden 41,650 Thlr., Militärperſonal 792,738 Thlr., Indienſthaltung der Fahrzeuge 532,500 Thlr., Krankenpflege 49,056 Thlr., Serviskoſten 17,560 Thlr., Reiſekoſten 36,500 Thlr., Unterrichtskoſten und für wiſſenſchaftliche Zwecke 13,590 Thlr., Material 751,171 Thlr., — darunter perſönliche Ausgaben 91,171 Thlr., Werft- und Depotbetrieb, Unterhaltung der Fahrzeuge und ihres Inventars 550,000 Thlr., der Gebäude und Quais 30,000 Thlr., Munition und Schießverſuche 80,000 Thlr., — Invalidenweſen 17,038, ſächliche Ausgaben 18,950 Thlr.

Zu dieſem Etat liegen folgende Anträge vor: 1) des Abg. Francke, dem Bundeskanzler die baldige beſſere Dotirung der Marineſchulen zu empfehlen; 2) des Abg. Kratz: der Reichstag wolle beſchließen: gegen die Bundesregierung die Erwartung auszuſprechen, daß, wenn es nicht mehr ſchon für das Jahr 1868 ſollte geſchehen können, dann jedenfalls für das Jahr 1869, neben den 4 Marine-Predigern auch wenigſtens ein katholiſcher Marine-Pfarrer nebſt Küſter mit fixirtem Gehalte angeſtellt werden; 3) der Abgg. Graf Frankenberg und Francke: der Reichstag wolle beſchließen: die Erwartung auszuſprechen, daß das Marine-Miniſterium bei der in Ausſicht genommenen Entwickelung der Bundes-Marine die vaterländiſche Schiffsbau-Induſtrie, inſofern dieſelbe gleich Tüchtiges und Preiswürdiges als das Ausland leiſtet, vorzugsweiſe mit Aufträgen betrauen werde.

Die allgemeine Debatte eröffnet der Bundescommiſſarius Contre-Admiral Jachmann: Der Marine-Etat für 1868 hat dieſelbe Einrichtung wie der für 1867. Wie die geringen Ziffern des Extraordinariums zeigen, beſchränkt er ſich auf das Nothwendigſte. Er dürfte lückenhaft erſcheinen im Extraordinarium, das keine Summen für die Hafenbauten in Kiel und für Neubauten des Schiffsbaus ausſetzt. In kürzeſter Friſt wird aber dem Bundesrath eine Denkſchrift vorgelegt werden, welche die Grundſätze für die Entwickelung unſerer Marine in den nächſten Jahren enthalten und an welche ſich gleichzeitig ein Antrag knüpfen wird in Bezug auf die nöthigen Mittel. Derſelbe wird auch dem hohen Hauſe zugehen.

Die Abgg. Harkort und Genoſſen haben beim Bundespräſidium angefragt, ob ein Gründungsplan für die Marine vorgelegt werden ſoll. Das iſt augenblicklich nicht der Fall; im preußiſchen Abgeordnetenhauſe iſt die Nothwendigkeit eines Begründungsplanes mehrfach in Abrede geſtellt worden. Die Flotte iſt ein Inſtitut, deſſen Gründung keinen beſtimmten Abſchluß hat. Etwas anderes iſt es mit dem Bau der Kriegsſchiffe in einem beſtimmten Zeitraume. Es wird auch darüber dem Bundesrathe ein Plan vorgelegt werden. Schon früher iſt die Abſicht ausgeſprochen worden, einen Kriegshafen für die Oſt- und einen für die Nordſee anzulegen. Der an der Nordſee iſt ſeiner Beendigung ſehr nahe. Was den Antrag des Abg. Kratz betrifft, ſo ſind allerdings in dem Etat 4 Marineprediger angegeben, wovon 3 beſtändig auf den Uebungsſchiffen eingeſtellt ſind. Der vierte fungirt als „Marineprediger" analog den Diviſionspredigern der Armee. Da die Marine ſich hauptſächlich aus den nördlichen Küſten rekrutirt, ſo iſt der Procentſatz der Katholiken ein ſehr geringer; in dieſem Augenblicke ſind es noch nicht 11 Procent. Auch für dieſe wird geſorgt durch den katholiſchen Geiſtlichen in Kiel, der eine Renumeration von 150 Thlrn. erhält. Das Miniſterium wird aber den Antrag erwägen und im Bedürfnißfalle nach ihm verfahren. Zu dem Antrage der Abgg. Gr. Frankenberg und Francke bemerke ich, daß das Miniſterium mit der größten Ungeduld der Entwickelung einheimiſcher Etabliſſements entgegenſieht und ſehr geneigt iſt, lieber dieſen ihre Aufträge zu ertheilen, als dem Auslande. Aber der größte Theil der preußiſchen Flotte iſt factiſch im Inlande gebaut, theils auf der Werft in Danzig, theils bei Privaten, ſo die 22 Kanonenboote und deren Maſchinen, ebenſo die Maſchine der „Gazelle". In neueſter Zeit iſt ein Transportſchiff bei einer Stettiner Geſellſchaft gebaut worden, ebenſo wird das nächſte Deckſchiff von dort bezogen werden, ſo daß die Zahl der Schiffe, die vom Auslande bezogen ſind, in der That ſehr gering iſt.

Abg. Harkort (faſt unverſtändlich): Was bisher für die Marine aufgewendet ſei, ſtehe durchaus nicht im Verhältniß mit dem jetzigen Beſtande der Flotte. An den Hafenbauten ſei viel zu lange gearbeitet worden, die Anſchaffung neuer Schiffe ſei in fehlerhafter Weiſe geſchehen. Namentlich fehlten uns Geſchwindſchiffe, ein Dutzend Alabama's wäre durchaus nöthig. — Eine Flotte könne man nicht improviſiren, dazu gehöre eine lange, ſtetige naturgemäße Entwickelung, vor Allem aber eine tüchtige Verwaltung. „Dazu ſind aber Seeleute nöthig und nicht Infanteriſten."

Abg. Francke: Bei der Berathung des Marine-Etats kommt man in Conflict mit ſeinen Wünſchen und den Mitteln, ſie zu befriedigen. Man kann nun ſeine Anträge bis zur neuen Vorlage ausſetzen, aber die Marineſchule muß ich ſchon jetzt erwähnen. Für dieſe wird aber gegenwärtig überaus kärglich geſorgt. An ſachlichen Ausgaben ſind für ſie nur 2410 Thlr. ausgeworfen, daher ſie ſich im ärmlichſten Zuſtande befindet. Die Bibliothek der Marineſchule iſt ſo mangelhaft, daß alle Handbücher, Nachſchlagebücher und größere Werke fehlen; ſie beſitzt in dieſem Augenblicke kein einziges Inſtrument, nicht ein Barometer, kein Modell, nicht die geringſten aſtronomiſchen Hilfsmittel. Kaum ein Gymnaſium iſt ſo armſelig ausgeſtattet, wie die Marineſchule des norddeutſchen Bundes. Dagegen ſind für die Cadettenhäuſer Millionen ausgeworfen. Mir iſt von Sachverſtändigen geſagt, daß etwa eine Zulage im Ordinarium von 1500 Thlr. und eine einmalige Ausgabe von 2000 Thlr. vorläufig vollkommen genügen würden.

Bundescommiſſar Jachmann: Das Miniſterium iſt ebenfalls der Anſicht, daß die Schule in der Folge beſſer dotirt werden muß, und bedauert, daß das bis jetzt nicht möglich war. Doch iſt zu bedenken, daß der größere Theil der Erziehung unſerer Seecadetten nicht in der Marineſchule gehandhabt wird, ſondern auf einem Cadettenſchiffe, und daß dies Cadettenſchiff nicht in dem Etat der Marineſchule figurirt, ſondern in dem der Kriegsſchule. Was den Mangel an Inſtrumenten in der Marineſchule betrifft, ſo muß ich das in Abrede ſtellen. Wir erkennen an, daß die Marineſchule weit zurückſteht hinter dem, was ſie werden ſoll und was wir wünſchen. Nichtsdeſtoweniger hat ſich die Erziehung unſerer jungen Seeoffiziere bis jetzt nicht nur nicht auf dem Standpunkte fremder Marinen erhalten, ſondern in vielen Beziehungen dieſelben weit übertroffen und die preußiſchen Seeoffiziere haben ſich überall im Auslande ſehr vortheilhaft hervorgethan durch ihre gute Bildung und ihre damit in Zuſammenhang ſtehende Erſcheinung. Wenn es alſo gelungen, mit den gegenwärtig geringen Mitteln ſo günſtige Reſultate zu erzielen, ſo hoffen wir allerdings, daß, wenn die Mittel für eine reichere Ausſtattung uns gewährt werden, dieſelben noch beſſer ſein werden.

Abg. Kratz. Der Herr Bundescommiſſar hat in Bezug auf meinen Antrag über die Anſtellung katholiſcher Marinegeiſtlichen mir einen Wechſel für die Zukunft ausgeſtellt. Die Bedürfnißfrage liegt nicht in dem Procentſatze, ſondern auf einem ganz anderen Gebiete. Die Katholiken werden auf der Marine ſehr ſtiefmütterlich behandelt. Ein Civilpfarrer kann unmöglich ausreichend den Dienſt eines Marinepfarrers verſehen; die Katholiken in der Marine haben auch abgeſehen von ihrer Zahl daſſelbe Recht auf einen Seelſorger wie die Evangeliſchen. Es muß daher dafür Sorge getroffen werden, wenn man ſie nicht verhindern will, in die Marine einzutreten, wenn man namentlich auch Süddeutſchland nicht abſchrecken will.

Abg. v. Roon: Es thut mir leid, daß die Discuſſion durch den Antrag des Abg. Kratz auf das confeſſionelle Gebiet hinübergeſpielt wird. Bei der amtlichen Stellung, die ich in Bezug auf die Marineverwaltung einnehme, ſcheint es mir nöthig, zu erklären, daß die königl. preußiſche Regierung bisher in allen Stücken die Parität der beiden Confeſſionen zu wahren beſtrebt geweſen iſt auch in Bezug auf die geiſtlichen Bedürfniſſe der Marine-Soldaten, Matroſen und Werkmannſchaften. Es iſt ſchon von anderer Seite hervorgehoben worden, daß nur ein geringer Procentſatz von Katholiken ſich in der Marine befindet und zum größeren Theil nicht zur Einſchiffung beſtimmt iſt, ſondern den Werkmannſchaften, den Seeſoldaten und der Seeartillerie angehört. Die Bevölkerung der Provinzen, aus denen ſich unſere Marine rekrutirt, iſt ſo vorherrſchend proteſtantiſch, daß die Zahl der Katholiken eine ungemein kleine iſt. Ich frage außerdem, welches Verhältniß entſteht, wenn man auf dieſe Weiſe auf ein und daſſelbe Schiff, welches zu einer Excurſion oder einer Uebung beſtimmt iſt, zwei Geiſtliche hinſchickt, einen Katholiken und einen Proteſtanten. Denken Sie ſich die Enge der Räume, die Colliſionen, die da entſtehen können, und ich frage Sie, ob daraus der confeſſionelle Frieden Vortheil zieht. Unſere Werft iſt bisher in Danzig geweſen und wird vorläufig auch dort bleiben. Die katholiſchen Werkmannſchaften, Seeſoldaten und Artilleriſten haben dort hinlängliche Gelegenheit, ihre geiſtlichen Bedürfniſſe zu befriedigen. Selbſt in Kiel iſt dafür geſorgt. Die Sache ſelbſt iſt der Marine-Verwaltung in keiner Weiſe widerwärtig, auch ſie will für die geiſtlichen Bedürfniſſe der Mannſchaften nach Kräften ſorgen, nur ſoll man ihr keinen Vorwurf machen oder Anſprüche erheben, die nicht zu befriedigen ſind.

Abg. v. Vincke nimmt die bisher geſchaffenen Marine-Einrichtungen gegen die Einwendungen des Abg. Harkort in Schutz. Es ſei von der Regierung bisher Alles gethan, was möglich war. Die preußiſche Marine habe ſich auch ſchon im Kampfe hinreichend bewährt. Wenn man eine gute Marine haben wolle, müſſe man aber auch viel Geld aufwenden; er empfahl deshalb die Bewilligung aller Etatspoſitionen.

Abg. Meier (Bremen): Der Abg. Harkort hat geſagt, wir hätten eine ſehr ſchwierige Erbſchaft von Preußen angetreten, und macht der Regierung den Vorwurf, daß ſie uns nicht eine ähnliche Vorlage, wie dem preußiſchen Abgeordnetenhauſe, vorgelegt habe. Nun, m. H., ich habe dieſe Erbſchaft ſehr genau geprüft und bin mit voller Ueberzeugung bereit, ſie anzutreten. Einzelne Mängel, die Herr Harkort rügt, haben ihren Grund darin, daß allerdings in mancher Beziehung eine übergroße Sparſamkeit angewandt worden; man hat mit geringen Mitteln möglichſt viel zu ſchaffen geſucht; das hat aber ſeinen Grund oder findet vielmehr ſeine Entſchuldigung in der kärglichen Bewilligung. Ich hoffe und vertraue aber, daß, obgleich auch der diesjährige Marine-Etat ziemlich kärglich ausgeſtattet iſt, bei der Sparſamkeit der preußiſchen Verwaltung auch mit dieſen geringen Mitteln etwas Ordentliches geſchaffen werde, mehr wenigſtens, als mit denſelben Mitteln in anderen Ländern geleiſtet werden würde, wo nicht dieſelbe Sparſamkeit geübt wird. — Ich muß nun noch einige Irrthümer berichtigen, die man hier vielfach hört und hoffe dies mit Erfolg zu thun, da ich eben ſo gut über dieſe Angelegenheit unterrichtet zu ſein glaube, wie die übrigen Reichstagsmitglieder. — In der Preſſe ſowohl wie im preußiſchen Abgeordnetenhauſe iſt ſehr viel darauf hingewieſen worden, daß der Jadebuſen ein verfehltes Unternehmen ſei. Die deutſche Marine iſt aber ohne einen Hafen in der Nordſee nicht möglich und der Jadebuſen hierfür der günſtigſte Punkt. Ueberall an der Nordküſte, wo der Treibſand ꝛc. vorherrſcht, ſind Waſſerbauten ſehr ſchwierig und koſtſpielig; das iſt aber nicht zu umgehen.

Ich bin überzeugt, daß der Ort der richtige iſt, und daß bei der Tüchtigkeit und Kraft unſerer Beamten, Offiziere und Mannſchaften hier ein Werk geſchaffen wird, das der deutſchen Nation zur Ehre gereicht und für das man dem preußiſchen Gründer weit hinaus Anerkennung und Bewunderung zollt. In Zukunft wird man gar nicht begreifen, wie man beim Entſtehen dieſes Werkes ſo viel Angriffe dagegen gemacht hat. — Hr. Harkort hat ferner allerhand Ausſtellungen gemacht, es ſind ihm nicht genug Alabamas gebaut und dergleichen. Ja, das Bauen ſolcher Alabamas iſt doch wahrlich keine Kleinigkeit. So ein Alabama muß auch bemannt werden. Billig geſchätzt, mit Armatur koſtet ein ſolcher eine Million Thaler; ein Dutzend alſo ſolcher Dinger, wie ſie Herr Harkort wünſcht (Heiterkeit), würde auf 12 Millionen Thaler zu ſtehen kommen. Iſt das denn eine ſolche Kleinigkeit. Zu allen ſolchen Sachen gehört Geld, ſehr viel Geld. — Hr. Harkort rügt ferner, daß die Reparaturen im Auslande gemacht würden. So viel ich weiß, ſind die Reparaturen in der letzten Zeit entweder in Preußen oder in Bremerhaven gemacht worden, und ich hoffe, daß der Abg. Harkort uns nicht mehr als Auslander betrachtet. Wir ſind ebenſo gute Deutſche, wie Hr. Harkort und wie irgend welche andere Deutſche. (Beifall.) Sämmtliche größeren Schiffe der Marine ſind in der Weſer eingelaufen und die reparaturbedürftigen ſind dort in den Docks reparirt worden. — Sie wollen mehr Marine-Etabliſſements angelegt haben. Die Franzoſen haben nur 3, die Engländer auch höchſtens 2—3 Etabliſſements, wo Schiffe gebaut werden; ſolche Einrichtungen ſind aber auch wahrlich keine Kleinigkeit; dazu gehören großartige Anſtalten, viel Material, bedeutende Maſchinen und dergl.

Auch ich erwarte von der Regierung, daß ſie uns allerdings keinen fertigen Flottengründungsplan vorlegt, aber doch Auskunft über das giebt, was der Marineminiſter zunächſt in Ausſicht genommen hat. Einen fertigen Gründungsplan auf Jahrzehnte hinaus jetzt aufzuſtellen, von dem man dann nicht abgehen dürfte, jetzt vorzulegen, wäre nach meiner Anſicht ein Unverſtand. In einer Zeit, wo der Bau der Kriegsſchiffe ſich im Uebergangszuſtande befindet, wo fortwährend Verſuche gemacht, Geſchütze und Panzer probirt werden, wäre es thöricht, dies zu verlangen, und mit Recht hat ſich die Regierung dagegen gewehrt. — Etwas anderes iſt es, wenn wir die Regierung auffordern, uns auseinanderzuſetzen, was zunächſt in Ausſicht genommen iſt, um danach das Bedürfniß zu bemeſſen. Bei Gelegenheit der Auseinanderſetzung der Zwecke der Marine hat Herr Harkort nur von der Seeſchlacht und dem Küſtenſchutz geſprochen. Er hat etwas dabei vergeſſen. Im Kriege iſt es auch von großer Wichtigkeit, die Handelsmarine des Feindes zu beunruhigen, um ihn zu zwingen, einen großen Theil ſeiner Marine zum Schutz der Handelsſchiffe zu verwenden. Zu dieſem Zwecke ſind verſchiedene Schiffe der preußiſchen Marine geeignet, wie z. B. die „Auguſta" und „Victoria", und ich hoffe, daß das Marine-Miniſterium Bedacht darauf nehmen wird, noch mehr derartige raſche Corvetten zu bauen. Meine Herren! Es iſt ein eigenthümliches Zuſammentreffen, daß wir gerade heute in die Berathung des Marine-Etats eintreten, wo am 1. October die Bundesflagge von allen deutſchen Kriegsſchiffen weht. Ich glaube, das Marine-Miniſterium iſt in der That bemüht und auf beſtem Wege, eine tüchtige, deutſche Marine zu ſchaffen. M. H.! Laſſen Sie uns daſſelbe unterſtützen und das Bundesbanner hoch halten! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Frankenberg befürwortete den Antrag Francke-Frankenberg, wonach es für wünſchenswerth erklärt wird, daß hauptſächlich deutſche Fabriken mit den Arbeiten betraut werden.

Die Generaldebatte wird geſchloſſen; beide Anträge, Frankenberg-Francke und Francke, werden angenommen.

Es folgt die Specialdebatte über Tit. 1 (Beſoldungen). Unter Nr. 1—4 ſind 6300 Thlr. für den Marine-Departements-Director ausgeſetzt, und zwar Gehalt 4000 Thlr., Dienſtzulage 1200 Thlr., Mieths-Entſchädigung 600 Thlr., ſonſtige Vergütigungen ꝛc. 500 Thlr.

Abg. Tweſten beantragt, das Gehalt auf 5000 Thlr. zu normiren und die übrigen Nummern zu ſtreichen. Im preußiſchen Etat waren an Gehalt 3000 Thlr. ausgeſetzt, ſo lange der Marine-Director Generalmajor war; als er zum Generallieutenant befördert wurde, erhöhte man es auf 4000 Thlr. Schon im preußiſchen Abgeordnetenhauſe iſt darauf hingewieſen worden, daß man das Gehalt ein für alle Mal nach Maßgabe des Amtes und nicht nach den wechſelnden perſönlichen Verhältniſſen desjenigen normiren dürfe, der das Amt bekleidet, ebenſo wie es mit den vortragenden Räthen in den übrigen Miniſterien geſchieht. Sie haben neulich die Reſolution angenommen, daß künftig keine neue Stelle creirt und kein Gehalt erhöht werden ſolle, ohne unſere vorherige Genehmigung im Etat. — Unſer im preußiſchen Abgeordnetenhauſe ausgeſprochener Wunſch, daß ein Fachmann mit der Verwaltung dieſer Stelle beauftragt werden ſolle, iſt jetzt erfüllt worden; ſetzen Sie nun auch ein für alle Mal das Gehalt feſt. Die von mir angegebene Summe entſpricht durchaus der Stellung und Arbeit des betreffenden Beamten und ſteht im Einklang mit den Gehältern für ſolche Stellen in den übrigen Miniſterien.

Abg. v. Seydewitz (Bitterfeld) iſt für Bewilligung der Summe, wie ſie im Etat ſteht, da es ſonſt der Regierung ſchwer fallen würde, immer den geeigneten Mann für die Stelle zu finden; dazu komme, daß unſere Marine ſich in der Entwickelung befinde und tagtäglich zunehme.

Abg. v. Hennig: Wenn die Marine erſt ſo entwickelt iſt, daß noch höhere Gehälter nöthig werden, ſo wird dann auch die Anſtellung eines beſonderen Marine-Miniſters erforderlich, für jetzt genügt die vom Abg. Tweſten beantragte Summe; ſorgen wir jetzt nicht für die Zukunft, ſondern für die Gegenwart.

Es wird abgeſtimmt. Tit. 1. Nr. 1 (4000 Thlr.) wird mit geringer Majorität bewilligt; dafür die Conſervativen, das Centrum und nur einzelne Nationalliberale, u. A. Dr. Michaelis.

Für Nr. 2 (Dienſtzulage 1200 Thlr.) ſtimmen noch weniger Abgeordnete. — Präſident Simſon: Dies iſt dieſelbe Majorität. (Vereinzelter Ruf: Nein! Nein!) — Präſident Simſon: Ich habe den Ruf: Nein! gehört, als ich dies für die Majorität erklärte, ich muß dabei bleiben. Wir (auf das Büreau deutend) ſtehen hier für unſere Entſcheidungen ein mit unſerem beſten Wiſſen und Gewiſſen und mit unſerer Ehre, und ich verbitte mir für die Zukunft ſolche Zurufe ein für alle Mal. (Beifall.)

Es wird nun auch Nr. 2 und 3, alſo im Ganzen 63,000 Thlr. mit derſelben ſehr geringen Majorität bewilligt; der Antrag Tweſten alſo abgelehnt. — Tit. 2—6 werden ohne Debatte bewilligt.

Bei Tit. 7, Nr. 18—20 empfiehlt Abg. Friedenthal den Antrag Kratz, der den Wunſch auf Anſtellung eines katholiſchen Marinepredigers ausſpricht, im Intereſſe der Parität.

Abg. Stavenhagen (Halle) iſt gegen den Antrag. Die Parität werde durchaus nicht verletzt. Wo ſoll denn der eine katholiſche Prediger ſtationirt werden? Soll er in der Welt umherwandern, wie der ewige Jude. (Gelächter.) Soll er zu Lande oder zu Waſſer ſein?

Abg. Aegidi iſt für den Antrag, obwohl er nicht Katholik ſei. Obwohl nach den befriedigenden Erklärungen vom Bundes-Präſidium der Antrag wohl überflüſſig ſei, bitte er doch, ihn anzunehmen, da die Thatſache der Ablehnung deſſelben in der Preſſe leicht mißbraucht werden könne.

Abg. Dr. Küntzer empfiehlt gleichfalls den Antrag auf das Eindringlichſte.

Bundes-Commiſſar Jachmann: Der Marine-Miniſter hat bereits erklärt, daß durchaus kein principielles Bedenken gegen die Anſtellung eines katholiſchen Marinepredigers in Kiel vorhanden ſei. Der geeignete Zeitpunkt dafür wird aber erſt dann vorhanden ſein, wenn der katholiſche Geiſtliche dort, der nur eine ſehr kleine Gemeinde zu verſorgen hat, nicht mehr ausreichend iſt für die Zwecke der Marine. Ich muß übrigens conſtatiren, daß von confeſſionellen Gegenſätzen auf der Flotte keine Spur zu bemerken iſt, und daß die Geiſtlichen ſich meiſt nur auf den 3 Uebungsſchiffen für die Cadetten und Schiffsjungen befinden, wo ſie einen Theil der Erziehung mit übernehmen. Auf allen anderen Schiffen aber wird trotz der Abweſenheit eines Geiſtlichen regelmäßig Gottesdienſt abgehalten, und zwar vom erſten Lieutenant, gleichgiltig, ob er evangeliſcher oder katholiſcher Confeſſion iſt. (Beifall.)

Abg. Kratz befürwortet nochmals ſeinen Antrag, der einem wirklichen Bedürfniß entgegenkomme. Vom Rhein gingen in der letzten Zeit ſehr viele junge Leute zum Seedienſt. Er müſſe anerkennen, daß die katholiſche Kirche in keinem Staate freier geſtellt ſei als in Preußen, und hoffe deshalb auch hier auf die billige Rückſicht.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Auch wenn der Antrag nicht angenommen werden ſollte, kann ich die Zuſage ertheilen, daß das Bundespräſidium die Bedürfnißfrage einer genauen Prüfung unterziehen wird, und daß, wenn auch nicht das ſtricte Bedürfniß vorliegen, ſondern im Intereſſe der Seelſorge die Verwendung eines katholiſchen Geiſtlichen ſich als wünſchenswerth herausſtellen ſollte, dem Antrag principiell nicht entgegen, ſondern derſelbe zweifellos erfüllt werden wird, unabhängig von dem Schickſale des Antrages.

Der Antrag wird abgelehnt, die im Etat aufgeführten Poſitionen bewilligt.

Tit. 8 und 9 werden ohne Debatte genehmigt.

Bei Tit. 10 (ſächliche Ausgaben) entſpinnt ſich eine kurze Debatte, in der Abg. Harkort einigen Ausführungen des Abg. Meier entgegentritt und Abg. Kraus es für wünſchenswerth erklärt, daß auf Ausübung der Mannſchaften und Indienſthaltung der Schiffe künftig mehr verwandt werde.

Tit. 10 wird bewilligt.

Tit. 11 bis 22 werden ohne Debatte genehmigt und iſt damit der Etat der fortdauernden Ausgaben erledigt.

Das Haus tritt hierauf in die Berathung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben und genehmigt zunächſt nach kurzer Motivirung ſeitens des Präſidenten Delbrück die für Conſulatgebäude in Alexandrien und in Japan ausgeworfenen Summen von 35,000 reſp. 55,000 Thlr. Zu Cap. 2, Poſt- und Zeitungs-Verwaltung, nimmt der General-Poſt-Director v. Philipsborn das Wort und erläutert die im Tit. 1 bis 3 gemachten Anſätze im Geſammtbetrage von 198,683 Thlrn., welche darauf ohne Discuſſion genehmigt werden. Für die Telegraphen-Verwaltung ſind für neue Anlagen 250,000 Thlr., ſowie für Erwerbung von Dienſtgebäuden in Köln und Görlitz 20,000 Thlr. und reſp. 5000 Thlr. angeſetzt.

General-Poſt-Director v. Philipsborn: Bei der immer größeren Ausdehnung, welche die Telegraphen-Anlagen erhalten, erſcheint es unzuläſſig, einen Erweiterungsplan auf ein Jahr zu berechnen; es erheiſcht vielmehr die Vorſicht, einen derartigen Plan, wie er ſich bereits gedruckt in Ihren Händen befindet, auf eine Reihe von Jahren aufzuſtellen. Derſelbe enthält die Koſten-Anſchläge, welche nach einer durchſchnittlichen Berechnung ſich pro Meile der vollſtändigen Leitung mit Stangen auf 500 bis 600 Thlr., bei einfacher Drahtleitung auf 130—150 Thlr. ſtellen. Hinſichtlich der Poſitionen 2 und 3 bemerke ich, daß die geforderten 20,000 Thlr. und 5000 Thlr. nothwendig ſind zum Ankauf der Dienſtgebäude, welche dem Telegraphenbetrieb bereits übergeben worden ſind.

Abg. Ausfeld macht auf einige ſpecielle Bedürfniſſe aufmerkſam, die ſich im Telegraphenbetrieb herausgeſtellt haben.

v. Philipsborn: Ich ſpreche dem Herrn Vorredner meinen Dank aus für die mir in jeder Beziehung erwünſchten Mittheilungen; es kann mir nur angenehm ſein, von den ſich herausſtellenden Bedürfniſſen unterrichtet zu werden, um denſelben ſo bald als möglich abhelfen zu können.

Es werden darauf die Poſitionen der Telegraphen-Verwaltung und demnächſt auch die der Marine-Verwaltung ohne Discuſſion bewilligt.

Das Haus geht unter dem Vorſitz des Vicepräſidenten Herzog von Ujeſt zu den Einnahmen über: Zölle und Verbrauchsſteuern 49,488,680 Thlr., A. von dem Zollverein 1) Ein- und Ausgangsabgaben 19,004,410 Thlr., 2) Rübenzuckerſteuer 7,665,680 Thlr., 3) Salzſteuer 7,856,700 Thlr., 4) Branntweinſteuer und Uebergangs-Abgabe von Branntwein 9,492,010 Thlr., 5) Braumalzſteuer 2,867,790 Thlr. und Uebergangs-Abgabe von Bier 96,020 Thlr., 6) Tabaksſteuer 97,490 Thlr. und Uebergangsabgabe von Tabaksblättern und Fabrikaten. B. Von Bundesgebieten und Bundesgebieten, welche nicht zum Zollverein gehören: Averſen für Zölle und Verbrauchsſteuern von 1) Preußen 37,100 Thlr., 2) Lauenburg 86,500 Thlr., 3) Mecklenburg-Schwerin 956,000 Thlr., 4) Mecklenburg-Strelitz 168,080 Thlr., 5) Oldenburg 4180 Thlr., 6) Lübeck 85,950 Thlr., 7) Bremen 248,000 Thlr., 8) Hamburg 710,160 Thlr.

Bei der allgemeinen Debatte über dieſen Etat kommen zwei Anträge, die Stellung Altona's betreffend, zur Discuſſion:

1) Der Abgg. Schleiden und Francke. Der Reichstag wolle beſchließen: daß vor definitiver Entſcheidung über die Frage, ob die Stadt Altona dem Zollverbande der Herzogthümer Schleswig-Holſtein anzuſchließen oder in ihrer bisherigen Freihafen-Stellung zu belaſſen ſei, ſachkundige, mit den localen, wie

mit den allgemeinen commerciellen Verhältniſſen vertraute Altonaer zu Rathe gezogen und gehört werden mögen.

2) Des Abg. Braun (Hersfeld): Nachdem die Freihafenſtellung Hamburgs und Bremens geſichert iſt, liegt es im Intereſſe des Zollvereins, daß Altona in den Zollverein trete und Zollvereinshafen werde.

Nachdem der ſächſiſche Geheime Finanzrath v. Thümmel einige einleitende Bemerkungen über die Geſichtspunkte gegeben, welche bei der Aufſtellung dieſes Etats maßgebend waren, nimmt zur Motivirung ſeines Antrages der Abg. Dr. Schleiden das Wort und giebt unter großer Unaufmerkſamkeit des Hauſes ein Bild der Altonaer Verhältniſſe, um zu zeigen, daß die von der Aufnahme in den Zollverein erwarteten Vortheile unter den gegenwärtigen Umſtänden illuſoriſch ſeien. Es wäre eine Grauſamkeit gegen die Stadt, derſelben den Zollverein aufzudrängen, bevor ſie in der Lage ſei, die daraus erwachſenden Vortheile für ſich benutzen zu können. Man möge die Zolltarife ändern und die einfachen engliſchen Zollſätze einführen, dann würden auch die freien Städte aus eigenem Antriebe ſich dem Zollvereine anſchließen.

Bundes-Commiſſarius Delbrück: Die Regierung hat ſich mit der Frage, ob Altona in die Zolllinie einzuſchließen ſei, ſehr gründlich beſchäftigt, nur von der Rückſicht geleitet, nach dem wohlverſtandenen Intereſſe der Stadt ihren Beſchluß zu faſſen. In Altona ſelber waren verſchiedene Strömungen darüber, die Regierung hat aber nach eingehenden Erörterungen die Ueberzeugung gewonnen, daß für jetzt wenigſtens das Intereſſe von Altona den Ausſchluß aus der Zolllinie fordert.

Abg. Schleiden zieht in Folge dieſer Erklärung ſeinen Antrag zurück.

Abg. Grumbrecht: Bei der Berechnung des Budgets iſt der Einſchluß Altona's in den Zollverein zu Grunde gelegt; es wäre alſo nach meiner Anſicht Sache des Reichstags, über das Verbleiben dieſer Stadt darin zu beſchließen. — In dem Cap. 1 bewilligen wir Zahlen, die in keiner Weiſe Anſpruch auf Genauigkeit haben; da nach denſelben die Matricularumlagen berechnet werden, ſo haben wir darauf zu ſehen, daß die Berechnung der Einnahmen nicht zu hoch gegriffen wird. Es iſt das auch nach der Verſicherung des Bundes-Commiſſars nicht der Fall. Die Tabaksſteuer iſt in einer Weiſe veranſchlagt, wie ſie ſich hoffentlich nicht realiſirt. Wenn der neue Zollvereins-Vertrag ausgeführt wird, ſo wird die jetzige Uebergangsabgabe ganz wegfallen und an deren Stelle die Tabaksſteuer von dem Grund und Boden treten, von dem bisher keine Steuer erhoben worden iſt. Die wichtigſte Frage in dieſem Capitel iſt offenbar die Abwälzung. Das Averſum, welches den beiden Mecklenburg bewilligt iſt, iſt ein außerordentlich geringes. Hier hat eine zu große Billigkeit obgewaltet. — Im Ganzen meine ich, wir haben bei dieſem erſten Budget daſſelbe anzunehmen, wie es uns vorliegt. Da einmal die Vorberathung in pleno beliebt worden iſt, ſo können wir nur bei ganz großen Bedenken unſere Bewilligung verweigern. Nur die Erklärung möchte ich ſeitens des Hrn. Bundescommiſſars hören, daß die Grundlagen, nach denen dieſe Averſa berechnet ſind, keineswegs dauernde ſein ſollen.

Bundescommiſſar Delbrück: Der Vorredner meint, durch die Genehmigung des Etats habe der Reichstag beſchloſſen, Altona ſolle zum Zollverein gehören. Das iſt unrichtig. Durch einen Etat kann niemals eine Maßregel in's Leben gerufen werden, zu deren Feſtſtellung es eines Geſetzes bedarf. — Auf ſeine zweite Bemerkung erwidere ich: das, was dem Reichstage hier vorgelegt iſt, iſt der Etat für 1868, nicht mehr und nicht weniger.

Abg. Francke fragt an, welcher Termin für die Aufnahme Schleswig-Holſteins in den Zollverein in Ausſicht genommen ſei. Schon ſeit dem April d. J. ſei der Zolltarif dort eingeführt, die Zollgrenze beſtehe nach wie vor fort. Redner ſchildert die dadurch hervorgerufenen Mißſtände und hebt namentlich tadelnd hervor die Einführung der preußiſchen, bisher unbekannten Abfertigung der Seeſchiffe, welche den Herzogthümern ebenſo ungewohnt als beſchwerlich und gefährlich ſei.

Bundescommiſſar v. Pommer-Eſche: Als Termin für dieſen Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein iſt der 1. Januar 1868 in Ausſicht genommen. Wir haben uns deswegen in Correſpondenz geſetzt mit den ſüddeutſchen Vereinsſtaaten, dieſelbe iſt aber noch nicht geſchloſſen, und können wir daher beſtimmt noch nicht ſagen, wann jener Termin eintreten wird.

Abg. Braun (Hersfeld): Bei dem Eintritt Altona's in den Zollverein iſt nicht blos das Intereſſe Altona's, ſondern auch das des ganzen Staates zu berückſichtigen. Ich halte die Induſtrie des Zollvereins für gefährdet, wenn Altona Freihafen bleibt. Nach der Erklärung des Bundescommiſſars jedoch ziehe ich vorläufig meinen Antrag zurück.

Abg. Roß warnt vor einer Entſcheidung, bevor die Frage bei den großen Veränderungen in Deutſchland hinlänglich geklärt iſt.

Die allgemeine Discuſſion wird geſchloſſen, die beiden Amendements ſind zurückgezogen. Darauf werden die 7 einzelnen Poſitionen des Etats ohne Widerſpruch genehmigt und iſt damit die heutige Tagesordnung erſchöpft.

Präſident Simſon theilt mit, daß im Verlaufe der Sitzung ein Geſetz-Entwurf, betreffend die Errichtung von Hypothekenbanken, durch die Abgg. Graf Lehndorff, v. Hülleſſem, v. Bitterfeld u. A. eingebracht iſt, und empfiehlt für ſeine geſchäftliche Behandlung die Schlußberathung und zwar in Verbindung mit dem Lasker'ſchen Antrage, betreffend die Aufhebung der Zinsbeſchränkungen. Abg. Lasker tritt dieſem Vorſchlage nicht bei. Es ſei räthlich, zu warten, bis der Geſetzentwurf ſich in den Händen der Mitglieder befinde, um die Neuheit und den inneren Zuſammenhang deſſelben mit ſeinem (des Redners) Geſetzentwurf zu beurtheilen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß, wenn ein Geſetzentwurf nicht ganz einfach iſt, er nicht zur Schlußberathung, ſondern für die Vorberathung im Plenum oder in einer Commiſſion geeignet iſt. Abg. Graf Lehndorff beruft ſich für den Grad der Connexität beider Vorlagen auf die Motive, die er der ſeinigen beigefügt hat und auf die früheren Verhandlungen im preußiſchen Landtage. Die Hypothekenbanken würden von Vielen als das unerläßliche Correlat der Aufhebung der Zinsbeſchränkungen betrachtet und für ſie werde die Stellung des Hauſes und des Bundesrathes zu der zweiten Vorlage entſcheidend für ihre Stellung zu der erſteren ſein.

Abg. v. Unruh (Magdeburg), obwohl kein Freund von Commiſſionen, tritt doch der Anſicht Laskers bei. Für Geſetze ſei die Schlußberathung, für deren Reſultat es ſpäter kein Correctiv mehr giebt, überaus gefährlich. Präſident Simſon rechtfertigt ſeinen Vorſchlag durch die als Correctiv wirkende Beſtimmung der Geſchäftsordnung, daß eine in der Schlußberathung befindliche Vorlage jeden Augenblick an eine Commiſſion verwieſen werden kann. Die Abgg. Graf Schwerin und v. Sänger pflichten dem Präſidenten bei und wünſchen Verleſung des aus 6 §§ beſtehenden Geſetzentwurfs, um das Urtheil des Hauſes über die Connexität der beiden Vorlagen zu erleichtern. Abg. Schulze (Berlin) verkennt ihren Zuſammenhang nicht, bittet aber bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Sache, die noch andere Materien mit berührt, z. B. das ganze Hypothekenweſen hineinzieht, dringend von der Schlußberathung abzuſtehen und, wenn jemals, den Umweg der Commiſſion nicht zu ſcheuen, er habe ſich ſehr eingehend mit der Sache beſchäftigt, habe aber keinen Begriff davon, wie ein ſolches Geſetz durch Schlußberathung gemacht und beſchloſſen werden könne.

Abg. Simſon, der urſprünglich bei ſeinem Vorſchlag die Abſicht gehabt hatte, den Geſetzentwurf zu verleſen, bedauert, daß er, während der Druck vor ſich gehe, kein Exemplar beſitze, um dieſe Abſicht auszuführen, und trägt nun ſelbſt darauf an, daß das Haus ſich erſt dann entſcheiden möge, wenn der Geſetzentwurf in aller Händen ſei.

Von den eingegangenen 276 Wahlacten ſind 254 erledigt, der Reſt ſoll raſch geprüft werden.

Schluß 2¼ Uhr. Nächſte Sitzung Donnerſtag 11 Uhr. (T.-O. Wahlprüfungen, Cap. 2—5 der Einnahmen. Etat der Militär-Verwaltung.)

Berlin, 1. Octbr. [Amtliches.] Se. Majeſtät der König hat dem Waſſerbau-Inſpector Baurath Martins zu Breslau den rothen Adlerorden 3. Klaſſe mit der Schleife, dem Ober-Amtmann Franzius zu Fürſtenau den rothen Adlerorden 3. Klaſſe, dem Sanitätsrath Dr. Ranſchoff zu Peckelsheim, im Kreiſe Warburg, dem Kreisgerichts-Secretär a. D., Kanzleirath Ferdinand Wolff zu Seeburg, im Kreiſe Rößel, und dem katholiſchen Pfarrer Janſen zu Auenheim, im Kreiſe Bergheim, den rothen Adlerorden 4. Klaſſe, dem großherzoglich ſächſiſchen Geheimen Regierungsrath Schambach zu Weimar den königl. Kronenorden 2. Klaſſe, dem Aeltermann Johannes Tidemann zu Bremen den königl. Kronenorden 3. Klaſſe, dem großherzoglich heſſiſchen Haupt-Zollamts-Rendanten Hoff zu Offenbach und dem Hauptmann a. D. und penſionirten Stadt-Haupt-Kaſſen-Rendanten Lincke zu Glogau den königlichen Kronenorden 4. Klaſſe, dem evangeliſchen Schullehrer und Küſter, Kantor Platz zu Nahauſen im Kreiſe Königsberg i. N. M. den Adler der 4. Klaſſe des königl. Hausordens von Hohenzollern, ſowie dem Kreisgerichts-Boten und Executor Iſaac Roſenzweig zu Ratibor das allgemeine Ehrenzeichen verliehen; der Wahl des Realſchul-Directors Dr. Kruſe in Mülheim a. d. Ruhr zum Director des Gymnaſiums in Greifswald die allerhöchſte Beſtätigung ertheilt; den Staatsanwaltsgehilfen v. Plehwe in Ortelsburg zum Staatsanwalt in Mohrungen ernannt; und dem Bergmeiſter Auguſt Bergmann zu Brühl bei ſeinem Ausſcheiden aus dem Staatsdienſte den Charakter als Bergrath verliehen.

Das dem Telegraphiſten Adolph Haenekc zu Schmiedeberg (gegenwärtig zu Danzig) unter dem 26. Mai 1866 ertheilte Patent auf eine Vorrichtung an Copir-Telegraphen zur Regulirung der Bewegung der Walzen iſt aufgehoben.

Bei der Realſchule zu Elberfeld iſt die Anſtellung des Lehrers Dr. Dor als Oberlehrer genehmigt worden. — Der Oberlehrer Dr. Freydanck am Gymnaſium zu Torgau iſt in gleicher Eigenſchaft an das Dom-Gymnaſium in Magdeburg verſetzt worden. (St.-Anz.)

[Der Großfürſt Thronfolger] und ſeine Gemahlin fuhren heute Mittags 2 Uhr nach Potsdam und ſetzten Abends über Kopenhagen die Rückreiſe nach Petersburg fort.

♂ [Der Vertrag mit dem König von Hannover.] Es beſtätigt ſich, daß der König Georg noch in der letzten Stunde den Vorſchlägen Preußens ſeine Zuſtimmung ertheilt hat, ſo daß die Regelung der finanziellen Verhältniſſen deſſelben in Form eines Vertrages zu Stande kommen konnte. Wie man erfährt, war der Druck dieſer königlichen Verordnung, welche dieſe Angelegenheit in ſelbſtſtändiger Weiſe erledigen ſollte, bereits für die Geſetzſammlung angeordnet und iſt nur deshalb unterblieben, weil die Unterhändler des Königs von Hannover ſich endlich zu der Erklärung ermächtigt fanden, daß ihr Vollmachtsgeber auf die Vorſchläge Preußens eingehe. Daher iſt auch keine Veröffentlichung dieſer Verordnung mehr zu erwarten. Man erfährt ferner, daß die letzten Schwierigkeiten weſentlich dadurch bedingt waren, daß König Georg ſich beharrlich geweigert hat, daß bei der Verwaltung der Finanzobjecte eine Mitwirkung der hannoverſchen Stände eintrete. Nun iſt wohl anzunehmen, daß dieſe Regelung nicht eine politiſche Verzichtleiſtung des ehemaligen Königs von Hannover in ſich ſchließt, aber man darf doch auch dem ganzen Act eine politiſche Bedeutung nicht abſprechen, denn wenn die darin beſprochenen Fragen auch finanzieller Natur ſind, ſo liegt doch darin eine Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge.

♂ [Abſchiedsgeſuche.] Nach dem demnächſt erſcheinenden „Militär-Wochenblatt" iſt dem General-Lieutenant Keiſer, Inſpecteur der erſten Ingenieur-Inſpection und dem General-Lieut. v. Schweinitz, Inſpecteur der dritten Ingenieur-Inſpection, ihr Abſchiedsgeſuch mit Penſion und Stellung zur Dispoſition genehmigt worden.

[Die Fraction des Centrums] hat ſich heute Mittag nach der Plenarſitzung definitiv conſtituirt und zu ihrem Vorſtand die Abgeordneten v. Bernuth, Graf zu Solms-Laubach und Dr. Friedenthal gewählt. Die Fraction beſteht ferner aus den Abgeordneten Frhr. v. Vincke (Olbendorff), v. Bethmann-Hollweg, v. Sänger, Evelt, Frhr. Eckardtſtein, Frhr. v. Rabenau, Frhr. v. Dörnberg, Conrad, Keyſer (Sondershauſen) und Frhr. v. Schwarzkoppen.

Spanien.

Madrid. Ein königliches Decret vom 26. amneſtirt die Aufſtändiſchen, welche in Folge der letzten Ereigniſſe ſich in das Ausland geflüchtet haben, unter der Bedingung, daß ſie ſich im Laufe von dreißig Tagen den ſpaniſchen Behörden oder den Vertretern Spaniens im Auslande ſtellen.

= **Breslau**, 2. Oct. [Feuersgefahr.] Heute Morgen in der 6ten Stunde rückte die Hauptfeuerwache nach der Salzgaſſe Nr. 3c, woſelbſt in einem zu einer Tiſchlerwerkſtatt gehörigen Keller die dort aufgehäuften Hobelſpähne in Brand gerathen waren. Trotzdem das Feuer ſchon einen bedeutenden Umfang erreicht hatte, gelang es doch in kurzer Zeit, daſſelbe zu unterdrücken.

Meteorologiſche Beobachtungen.

Der Barometerſtand bei 0 Grd. in Pariſer Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 1. Oct. 10 U. Ab.	333,82	+7,1	W. 3.	Trübe.
2 Oct. 6 U. Mrg.	334,97	+6,4	W. 2.	Trübe.

Breslau, 2. Oct. [Waſſerſtand.] O.-P. 13 F. — Z. U.-P. — F. 4 Z.

Telegraphiſche Depeſchen und Nachrichten.

Wien, 2. Octbr. **Das telegr. Correſpondenz-Bureau meldet aus Cormons vom 1. d. M. Abends. Unverbürgte Mittheilungen eintreffender Reiſender melden: Der Aufſtand iſt in Rom ausgebrochen, der Papſt nach Civitavecchia abgereiſt.** (Wolff's T. B.)

Conſtanz, 1. Octbr., Abends. **Der König von Würtemberg iſt heute Abend auf der Inſel Mainau eingetroffen.** (Wolff's T. B.)

Paris, 1. Octbr. Abends. **Aus Rom wird von geſtern gemeldet: Eine Anzahl bewaffneter Inſurgenten durchzieht die Provinz Viterbo, wird von päpſtlichen Truppen verfolgt. Nigra, Rouher und Lavalette haben ſich nach Biarritz begeben.** (Wolff's T. B.)

Rom, 1. October. **Das „Giornale" meldet, bewaffnete Banden erzeugten Unruhen in Viterbo. Die Telegraphenleitung iſt unterbrochen.** (Wolff's T. B.)

London, 30. Sept. Der Dampfer „Hermann" hat Nachrichten aus Newyork bis zum 19. d. M. überbracht. Der Staat Maryland hat die neue Verfaſſung mit beinahe 20,000 Stimmen Majorität angenommen.

Telegraphiſche Courſe und Börſennachrichten.

Paris, 1. Octbr., Nachm. 3 Uhr. Sehr matt. — Schluß-Courſe: 3proc. Rente 69, 00—68, 60. Italien. 5proc. Rente 47, 65. 3% Spanier —, —. 1% Spanier —, —. Oeſterreichiſche Staats-Eiſenbahn-Actien 472, 50. Credit-Mobil.-Actien 162, 50. Lombard. Eiſenbahn-Actien 368, 75. Oeſterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. —, —. 6% Ver. Staats-Anleihe pr. 1882 (ungeſt.) 81⅛.

Paris, 1. Octbr. (Nach Börſenſchluß.) In Folge verbreiteter beunruhigender Gerüchte ſehr matt. Liquidationscours 58, 52. — 3proc. Rente 68, 40. Italieniſche 5proc. Rente 47. Oeſterr. Staats-Eiſenbahn-Actien 468, 75. Credit-mob.-Actien 156, 25. Lombard. Eiſenbahn-Actien 365. Oeſterr. Anl. de 1865 317, 50. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 81⅛.

London, 1. Octbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Courſe: Conſols 94 7/16. 1% Spanier 30⅝. Italien. 5% Rente 47 5/16. Lombarden 14 7/16. Mexicaner 15⅛. 5% Ruſſen 85. Neue Ruſſen 87¼. Silber 60 9/16. Türkiſche Anleihe von 1865 31⅝. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 72⅝. — Schönes Wetter.

Der Dampfer „Cimbria" iſt aus New-York in Southampton eingetroffen.

Frankfurt a. M., 1. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Courſe: Wiener Wechſel 95⅝. Finnländiſche Anleihe —. Neue Finnländiſche 4½% Pfandbriefe — —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75½. Oeſterr. Bank-Antheile 650. Oeſterr. Credit-Actien 167. Darmſtädter Bank-Actien 199. Meininger Credit-Actien —. Oeſterr.-Franz. Staatsbahn-Actien 222. Oeſterr. Eliſabethbahn 112. Böhmiſche Weſtbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 150. Heſſiſche Ludwigsbahn 125¾. Darmſt. Zettelbank 241½. Oeſterr. 5% ſteuerfr. Anleihe 46⅝. 1854er Looſe 56⅞. 1860er Looſe —. 1864er Looſe —. Badiſche Looſe 51¼. Kurheſſiſche Looſe 52½. 5% öſterr. Anleihe von 1859 58⅛. Oeſterreich. National-Anleihe 51⅛. 5% Metalliques 42½. 4½% Metall. —. Baier. Prämien-Anleihe 97⅛. Neue Badiſche Prämien-Anleihe 94½. Matte Haltung. Börſenbeſuch ſchwach. Nach Schluß der Börſe Creditactien 166½.

Frankfurt a. M., 1. Octbr., Abends. [Effecten-Societät.] Auf Pariſer Notirungen ſehr flau. Credit-Actien 162¼. 1860er Looſe 64⅞. Steuerfreie Anleihe 45⅝. National-Anleihe —. Staatsbahn 218½. Amerikaner 74⅞. Baieriſche Prämien-Anleihe —.

Wien, 1. October. Bei der heute ſtattgehabten Ziehung der Creditlooſe wurden folgende Serien gezogen: 307, 1471, 2904, 3086, 1488, 3946, 684, 2388, 91, 1864, 1923, 2686, 437, 3509, 3015, 2616, 149.

Der Haupttreffer von 200,000 Gulden fiel auf Nr. 100 der Serie 91. Ein Gewinn von 40,000 Gulden fiel auf Nr. 60 der Serie 91 und ein Gewinn von 20,000 Gulden auf Nr. 80 der Serie 3015.

Wien, 1. Oct. [Schluß-Courſe.] 5proc. Metall. 55, 40. National-Anlehen 65, 20. 1860er Looſe 81, 70. 1864er Looſe 72, 80. Credit-Actien 177, 20. Nordbahn 168, 20. Galizier 209, 25. Böhm. Weſtbahn 141, 50. St.-Eiſenb.-Actien-Cert. 234, 70. Lombard. Eiſenbahn 182, 25. London 124, 40. Hamburg 91, 50. Paris 49, 35. Napoleonsd'or 9, 96½. — Flau und unbelebt.

Wien, 1. Oct. [Abendbörſe.] Credit-Actien 176, 40. Nordbahn 168, 00. 1860er Looſe 81, 50. 1864er Looſe 72, 60. Staatsbahn —, —. Galizier 208, 50. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 97½. Anglo-Auſtria-Bank —, —. Ungariſche Creditactien —, —. Sehr flau.

Hamburg, 1. October, Nachmittag 2 Uhr 30 Minuten. Gedrückt und völlig geſchäftslos. Valuten feſt. Neue Badiſche Prämien-Anleihe 93¾. Oeſterr.-franzöſiſche Staatsbahn 470. Italien. Rente 46⅞. Lombarden 362½. 5% Ruſſen de 1862 —. — Schluß-Courſe: Hamb. Staats-Prämien-Anleihe 88. National-Anleihe 52⅛. Oeſterreichiſche Credit-Actien 70⅝. Oeſterr. 1860er Looſe 65⅝. Mexicaner —. Vereinsbank 110⅛. Norddeutſche Bank 117. Rhein. Bahn 115¼. Nordbahn 92⅞. Altona-Kiel —. Finnländiſche Anleihe — —. 1864er Ruſſ. Prämien-Anleihe 94⅞. 1866er Ruſſ. Prämien-Anleihe 88½. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 68¾. Disconto 1¾ pCt.

Hamburg, 1. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhiger, auf Termine geſchäftslos. Pr. October 5400 Pfund netto 169 Bancothaler Br. u. Gld., pr. October-November 166½ Br., 166 Gld. Roggen loco ruhiger, auf Termine höher. Pr. October 5000 Pfd. Brutto 135 Br., 134 Gld., per October-Novrmber 130 Br., 129½ Gld. Hafer feſt. Spiritus höher gehalten, 32. Rüböl matt, loco 23⅝, pr. October 23⅝, pr. Mai 25. Gekündigt 11,600 Pfd. Kaffee ſtille. Zink ruhig. In London geſtern 400 Tons gehandelt. — Kühles Wetter.

Antwerpen, 1. Octbr. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Ruhiges Geſchäft. Raff. Type weiß, loco 54½, pr. Octbr. 54½, pr. November 55, pr. November-Dezember 55½ Frcs.

Paris, 1. Octbr., Nachm. Rüböl pr. October 99, 00, pr. Novbr.-Dezbr. 99, 50, pr. Januar-April 99, 50. Mehl pr. October 84, 75, pr. Novbr.-Dezember 82, 50. Spiritus pr. October 65 00.

[**Breslauer Börſe vom 2. Octbr.**] Schluß-Courſe (1 Uhr Nachm. Ruſſiſch Papiergeld 83¾—⅝ bez. Oeſterreichiſche Banknoten 81⅞—81 bez. Schleſ. Rentenbriefe 90⅝—½ bez. Schleſ. Pfandbriefe 82⅞ bez. Oeſterr. Nat.-Anleihe —. Freiburger 130½ Br. Neiſſe-Brieger —. Oberſchleſ. Litt. A. und C. 188¾—189 bez. Wilhelmsbahn 66—65¾ bez. Oppeln-Tarnowitzer 70 Br. Oeſterr. Credit-Actien 70—69⅝ bez. Schleſiſche Bank-Verein 113¾ Br. 1860er Looſe 65½ Br. Amerikaner 75—⅝ bez. Warſchau-Wiener —. Minerva —. Baier. Anleihe —. Italiener 46 Gld.

Breslau, 2. Octbr. Preiſe der Cerealien.

Feſtſetzungen der polizeilichen Commiſſion pr. Scheffel in Silbergroſchen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	110—112	107	100—103	Gerſte	60—62	59	56—57
do. gelber,	108—110	106	100—103	Hafer,	33—34	32	30—31
Roggen	84—86	83	81—82	Erbſen	70—74	69	65—67

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commiſſion zur Feſtſtellung der Marktpreiſe von Raps und Rübſen.

Raps	204	194	184	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübſen	196	186	176	
Sommerrübſen	178	168	158	
Dotter	160	150	140	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 1000 Qrt. bei 80% Tralles 1⅝ Br., 20⅝ bez. u. Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. 1000 Ctr. Leinkuchen. 2600 Ctr. Rüböl — Ctr. Leinöl. — Qrt. Spiritus.

Berliner Börse vom 1. October 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97½ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	102¾ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	97½ bz.
dito 1859	4½	97½ bz.
dito 1856	4½	97½ bz.
dito 1864	4½	97½ bz.
dito 1867	4½	97½ bz.
dito 1850/52	4	89⅞ bz.
dito 1853	4	89⅞ bz.
dito 1862	4	89⅞ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	117 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97 bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	77½ G.
Pommersche	3½	76⅝ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	86 bz.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90½ bz
Pommersche	4	90½ bz
Posensche	4	89 G.
Preussische	4	89½ bz.
Westph. u. Rhein.	4	— — —
Sächsische	4	70⅞ bz.
Schlesische	4	90½ bz.
Louisd'or 111¾ G.		Oest.Bk. 82½ bz B.
Goldkr. 9. 9 G.		Poln.Bkn. — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	46 B.
dito Nat.-Anl.	5	53 bz.
dito Lot.-A.v.60	5	66½ à ⅜ bz
dito dito 64	—	39½ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	58¾ B.
dito Eisenb.-L.	—	70½ B.
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	47¾ à ⅝ bz u. G.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85½ e. [illegible]
dito Poln. Sch.-Obl.	4	gr. 63¾ B kl 63
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	58 G.
Liqu. Pfandbr.	4	47¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	94 B.
dito à 300 Fl.	5	90 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	52½ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29 etw. bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	76 à 75⅝ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	95 bz.
dito II.	4½	93½ G.
dito IV.	4½	93¼ bz.
dito III.v.St.3½g.	3½	77 bz.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	102 B.
dito	4	— — —
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	93½ bz.
dito IV.	4	83⅝ B.
dito V.	4	83⅛ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	81½ bz.
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	86 B.
Gal. Ludwigsb.	5	80½ etw. bz.
Niederschl.-Märk.	4	87¾ G.
dito conv.	4	87¾ G.
dito III.	4	85 B
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99¾ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	85¾ G
dito D.	4	85¾ G
dito E.	3½	78¼ B.
dito F.	4½	93⅝ bz.
dito G.	4½	93 G.
Oest.-Franz.	3	247 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	211 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93⅛ bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	31⅛ bz.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4⅔	4	103½ G.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	142⅝ bz.
Berlin-Anhalt.	13	16	4	218¼ bz.
Berlin-Görlitz.	—	—	4	68¼ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	95 bz.
Berlin-Hamburg.	9½	9	4	155 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	218 etw. bz. u. B.
Berlin-Stettin.	8	8 7/12	4	136⅝ bz
Böhm.-Westb.	—	—	5	— — —
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	133 bz. u. G.
Cöln-Minden.	17⅓	9	4	141 bz
Cosel-Oderberg.	2¼	2⅙	4	67⅝ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	81 B.
dito dito	—	5	5	85½ B.
Galiz.Ludwigsb.	5	—	5	— — —
Ludwigsh.Bexb.	10	10⅖	4	149⅝ bz. u. G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	185 B.
Magd.-Leipzig.	20	—	4	[illegible]
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	126 B.
Mecklenburger.	3	3	4	72½ bz.
Neisse-Brieger.	5 5/12	—	4	93 B.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88½ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	82⅞ B.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	93⅝ bz. u. G.
Oberschl. A.	11⅓	12	3½	194 bz.
dito B.	11⅓	12	3½	164¼ bz
dito C.	11⅓	12	3½	194 bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	127 à 126¾ bz.
Oestr. südl.St.-B.	7⅓	—	5	98 à 97⅝ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	71 B.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	71½ B.
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	87 B.
Rheinische.	7	—	4	116 bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	27¼ bz.
Stargard-Posen.	4½	4½	4½	93⅝ bz.
Thüringer	—	—	4	127 G.
Warschau-Wien.	8½	—	5	61½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	159 B.
Braunschw. B.	—	0	4	89⅞ G.
Bremer Bank.	6½	8	4	116½ G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	110 B.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96¾ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅝	4	102 B.
Gothaer „	7½	5	4	92½ G.
Hannoversche B.	4	5⅓	4	77½ B.
Hamb. Nordd. B.	9	8⅓	4	117 B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111⅝ B.
Königsberger B.	8⅓	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	6	4	80 B.
Magdeburger B.	5½	5	4	90½ B
Posener Bank	6⅔	7⅓	4	99¼ G.
Preuss. Bank-A.	10 [illegible]/15	13⅓	4½	149½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64¾ G.
Weimar „	6½	4¼	4	85¼ B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	107¼ B.
Coburg Credb.A.	8½	4	4	76 etw. bz. u. G.
Darmstädter „	6½	4½	4	80¼ B.
Dessauer „	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	8½	8	4	103½ etw. bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	25½ bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	83½ etw. bz. u.G.
Meininger „	7	—	4	89½ B.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18 bz.
Oesterr.Credb.A.	4½	—	5	71½ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	113¾ B.
Minerva	1	—	5	31 B.
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	10	5	125 G.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T	142⅝ bz.
dito dito	2 M.	142⅛ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	150⅝ bz.
dito dito	2 M.	150¼ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 23⅛ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80 11/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	81⅝ bz.
dito	2 M.	80⅝ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M	56. 24 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T	99⅞ G.
dito dito	2 M	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56. 28 bz
Petersburg 100 S.-R.	3 W	92⅝ bz.
dito dito	3 M	91 bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T	83⅛ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	110⅝ bz.

Berlin, 1. Octbr. **Roggen** loco 81—84 Thlr. nach Qualität, 78—81pfd. 72½—73½ Thlr. bez. — **Rüböl** loco 11⅞ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 22¾ Thlr. bez., pro Oct. 22⅚—⅝ Thlr., Oct.-Nov. 19 11/24—13/24 Thlr. bez., Nov.-Dezbr. 19⅝—⅝ Thlr. bez., April-Mai 19⅞—¾ Thlr. bez.

Breslau, 2. October. Zufolge der während der Feiertage angemeldeten Zufuhren war das Angebot am heutigen Markte ſtärker, demungeachtet blieb bei guter Kaufluſt feſte Stimmung vorherrſchend.

Weizen wurde lebhaft begehrt, pr. 84 Pfund ſchleſiſcher weißer 100—112 Sgr., gelber 100—110 Sgr., feinſte Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — **Roggen** in feſter Haltung, pr. 84 Pfd. 81 bis 85 Sgr., feinſte Sorte 86 Sgr. bezahlt. — **Gerſte** behauptet, pr. 74 Pfd. gelbe 56—58 Sgr., helle 59 Sgr., weiße 60—62 Sgr., feinſte Sorte über Notiz bezahlt. — **Hafer** behauptet, pr. 50 Pfd. 30—33 Sgr., feinſte Sorte 34 Sgr. bezahlt. — **Erbſen** ſchwacher Umſatz. — **Wicken** ohne Frage. — **Oelſaaten** in feſter Haltung. **Bohnen** ohne Umſatz. — **Schlaglein** mehr angeboten. — **Rapskuchen** ruhig, 49—52 Sgr. pr. Ctnr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.